



Kleine Anfragen für die Fragestunde zur 4. Sitzungsperiode des Landtages von Sachsen-Anhalt

1. Abgeordnete
Monika Hohmann
(DIE LINKE)

Sachsen-Anhalt auf dem Weg zum familienfreundlichsten Bundesland

Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff hat in den zurückliegenden Tagen mehrfach der Presse gegenüber geäußert, Sachsen-Anhalt zum familienfreundlichsten Land Deutschlands entwickeln zu wollen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Probleme sieht die Landesregierung hinsichtlich der Situation von Familien im Land Sachsen-Anhalt?
2. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um diesen Problemen entgegenzuwirken? Hierzu bitte auch eventuell vorhandene Lösungsansätze nennen, die über die im Koalitionsvertrag getroffenen Vereinbarungen hinausgehen.

2. Abgeordneter
Sören Herbst
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Verkehrslandeplatz Magdeburg

Im Koalitionsvertrag wird auf Seite 57 ausgeführt, dass die Landesregierung die Weiterentwicklung des Magdeburger Verkehrslandeplatzes nach europäischen Richtlinien für den qualifizierten Geschäftsflugverkehr unterstützt.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Maßnahmen mit welchen finanziellen Auswirkungen umfasst diese Weiterentwicklung in welchem Zeitraum?

2. In welchem Verhältnis stehen diese Absichtserklärungen im Hinblick auf die im Luftverkehrskonzept für Mitteldeutschland enthaltenen Aussagen und den gerade aufgenommenen Flugbetrieb am Flughafen Cochstedt?

3. Abgeordneter
Christoph Erdmenger
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Radverkehrsplan der Landesregierung

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Schritte hat die Landesregierung zur Umsetzung des am 15. Juni 2010 beschlossenen Radverkehrsplans zusätzlich zu den bekannten Baumaßnahmen an einzelnen Radwegen unternommen (Förderungen, Runderlasse, organisatorische Änderungen, weitere Gutachtenvergabe)?
2. Welche Personalkapazitäten sieht die Landesregierung zur Bearbeitung der Umsetzung des Radverkehrsplans laut Stellenplan vor, welche sind aktuell besetzt (in Stellenanteilen pro Jahr)?

4. Abgeordneter
Guido Henke
(DIE LINKE)

Zukunft des Programms „Soziale Stadt“

2010 erhielt Sachsen-Anhalt für das Programm „Soziale Stadt“ vom Bund ca. 3 Millionen Euro. Kofinanziert durch Land und Kommunen standen über 9 Millionen Euro für Projekte in elf Städten zur Verfügung. Durch Kürzung der Bundesmittel auf weniger als 900.000 Euro stehen in diesem Jahr insgesamt nicht einmal 2,7 Millionen Euro in unserem Land zur Verfügung. Zudem sind seit dem Jahreswechsel die Programmmittel fast nur noch für bauliche Maßnahmen einzusetzen, obwohl gerade dieses Programm für ein ganzheitliches und erfolgreiches Zusammenspiel von Bauinvestitionen, Projekten der Bildung, der Integration, der Ehrenamtstätigkeit und des Quartiersmanagements stand.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wird sich die Landesregierung auf Bundesebene dafür einsetzen, dass das Programm „Soziale Stadt“ ab dem 1. Januar 2012 hinsichtlich der Höhe der Fördermittel und hinsichtlich der möglichen Verknüpfung von investiven und nichtinvestiven Maßnahmen wieder wie im Jahr 2010 ausgestaltet wird und wie begründet sie diesbezüglich ihre Haltung?
2. Wie und durch welche konkreten Maßnahmen wird die Landesregierung darüber hinaus die Kommunen und die Akteure des Städtebaus in Sachsen-Anhalt in ihrem Bemühen unterstützen, das friedvolle und gedeihliche Zusammenleben der Menschen in ihren Wohnquartieren zu fördern?

5. Abgeordneter
Gerald Grünert
(DIE LINKE)

Schulden der kommunalen Beteiligungen

Am 17. Juni 2011 stellte der Landesrechnungshof Sachsen-Anhalt den Jahresbericht 2010, Teil 2 vor. CDU und SPD führen in ihrem Koalitionsvertrag u. a. aus, dass „die Kommunen als wirtschaftliche Akteure vor Ort zu stärken sind“.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung dieses Ziel vor dem Hintergrund, dass im letzten Jahr die Schulden der kommunalen Beteiligungen um rund 616 Millionen Euro angestiegen sind und sich so zum 31. Dezember 2010 auf den Betrag von 6.254.288.000 Euro summierten?
2. Welche Ursachen macht die Landesregierung für den starken Anstieg der Kreditaufnahme bei den rechtlich unselbstständig, den öffentlich-rechtlich und den privatrechtlich organisierten Unternehmen der Kommunen aus und welche Chancen sieht die Landesregierung für die nachhaltige Begrenzung und den Abbau dieser Verschuldung?